

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

EDITORIAL

Die Plenarsitzung von den Herbstferien war trotz ihrer wenig umfangreichen Tagesordnung thematisch abwechslungsreich. Unsere Gruppe brachte auch diesmal die meisten Anträge ein und musste zudem aufpassen, dass 'bedenkliche' Vorlagen nicht ohne Wortbeiträge abgenickt werden. Erfreulicherweise war nach seiner längeren Krankheit auch Konrad Kelm wieder an Bord, der sich auch gleich wieder in die Debatte einbrachte, leider aber auch viel rechten Unfug mit anhören musste.

Nicht auf der Kreistagssitzung, sondern nur im Fachausschuss und Kreisausschuss wurde die Umsetzung des ÖPNV-Tarifgutachtens behandelt. Es wurde dabei einvernehmlich beschlossen, dass der Landkreis u.a. ein Sozialticket für SGB-II-Empfänger und das 5-Euro-Ticket im ZVSN durchsetzen will.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
Kreishaus, Zi. 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 10 – Resolution: Gedenken der Opfer von rechter Gewalt

Die Resolution wurde von unserer Gruppe in den Kreistag eingebracht, wobei der ursprüngliche Antragstext vorsah, der Stadt Göttingen vorzuschlagen, den Platz vor dem Kreishaus in „Yozgat-Lübcke-Platz“ umzubenennen.

Während letzteres von der Mehrheit des Plenums nicht gefolgt wurde, gab es für den eigentlichen Resolutionstext eine breite Mehrheit. So gedenkt der Kreistag Göttingen den Opfern rechter Gewalt, insbesondere an die Ermordung des Betreibers eines Kasseler Internetcafes Halit Yozgat, 2006 durch den NSU und des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke in diesem Jahr. Halit Yozgat wurde ermordet, weil er türkischstämmig war und Walter Lübcke, weil er sich deutlich für die Aufnahme von Geflüchteten ausgesprochen hat.

Nachdem Mohan Ramaswamy den Antrag für unsere Gruppe eingebracht hatte, stellte auch Nadia Affani (SPD) klar, dass Gewalt zu rechter Politik dazugehört. Lediglich von Seiten der FDP kam noch ein unpassender Hinweis auf „linke Gewalt“ – und das nach brutalen Mordanschlägen von Rechtsradikalen. Der Applaus aus der rechten Hälfte des Plenums war dabei ebenso peinlich.

TOP 12 – Landkreis Gö unterstützt Menschen, die im Mittelmeer gerettet wurden

In zeitlicher Nähe wurden zwei nahezu gleichlautende Anträge unserer Gruppe und der verwaltungsnahen Kreistagsgruppe SPD/Grüne/FWLG eingebracht, so dass wir unseren Antrag zurückgezogen haben. Konrad Kelm wies darauf hin, dass das Mittelmeer die tödlichste Grenze der Welt sei und zudem die Seenotrettung nach wie vor kriminalisiert werde, wogegen sich der Kreistag mit diesem Beschluss ausspricht. Außerdem wurde beschlossen, dass der Landkreis Göttingen die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden sicherstellt.

Nachdem die äußersten Rechten in den bisherigen drei Jahren dieser Wahlperiode praktisch nicht in Erscheinung getreten waren und meistens fehlten, traten diese in absolut unmöglichen Redebeiträgen, bei denen Fremdschämen angesagt war, auf. Der Landkreis unterstütze mit dem Beschluss kriminelle Schleuser und der Rechtsstaat werde ausgehebelt, war vom Vorsitzenden der UMG-Fraktion (vormals AFD) zu vernehmen. „Alle Menschen sollen da bleiben, wo sie sind“, pflichtete Ex-AFD-Göthel bei.

Eine breite Mehrheit der Vernunft fasste schließlich den Beschluss, wobei einige Gegenstimmen aus der CDU nicht unerwähnt bleiben sollen.

TOP 13 – Modellversuch 5-€-Ticket Göttingen - Duderstadt

Zwischen Duderstadt und Göttingen wurde im Frühjahr 2019 eine sogenannte Schnellbuslinie eingerichtet, als Ersatz gewissermaßen für die seit Jahrzehnten fehlende Bahnanbindung in Duderstadt. Wider Erwarten wird diese vorzügliche Verbindung ausgesprochen schlecht frequentiert.

Um hier gegenzusteuern wurde von unserer Gruppe beantragt, das für den gesamten Landkreis geplante 5-€-Ticket auf dieser Relation vorab einzuführen, da die Vermutung nahe liegt, dass die derzeit viel zu hohen Preise Hauptursache für die geringe Auslastung sein könnten.

Dass das Tarifniveau in Südniedersachsen zu hoch ist, wurde von der Verwaltungsgruppe nicht bestritten, es wurde sogar offensiv gefordert, hier entsprechend zu handeln. Gleichwohl musste der Antrag, weil er von uns kam, verworfen werden. Von der stellvertretenden Kreistagsvorsitzenden Obergöker wurde er gar als „störend“ bezeichnet.

TOP 18 – Unterstützung freiwilliger Gemeindefusionen

Nach der Vorlage der Verwaltung ist vorgesehen, den freiwilligen Zusammenschluss von Gemeinden zu Gebilden mit mindestens 10.000 Einwohnern sowie die Umwandlung von Samt- in Einheitsgemeinden finanziell zu fördern. Hintergrund ist die drohende Fusion der Südharzgemeinden Bad Lauterberg, Bad Sachsa und Walkenried, die von unserem dortigen Ortsverband abgelehnt wird.

Für DIE LINKE lehnte Eckhard Fascher diese Fusionsrendite ab. In seinem technokratischen Denken setze der Landrat auf immer größere kommunale Einheiten, die grundsätzlich positiv beurteilt würden. Eine kritische Abwägung der Vor- und Nachteile finde nicht statt. Er betonte die kritische Haltung vieler Bürgerinnen und Bürger, die den Verlust von Bürgernähe fürchten. DIE LINKE bleibt bei ihrer kritischen Haltung zu Gebietsfusionen.

TOP 23 – Vorbereitung der Verbandsversammlung des Abfallzweckverbandes

In der zum Durchwinken konzipierten Vorlage sollte darüber entschieden werden, ob die Mechanisch-Biologische Abfallbehandlung (MBA) Südniedersachsen in Deiderode von einer Nass- auf eine Trockenvergärung umgebaut wird.

Eckhard Fascher kritisierte dabei, dass nun eine neue Technologie unter Rückbau der alten Technologie installiert werden solle. Es sei darüber zu entscheiden, dass weitere mindestens 15,5 Millionen Euro ausgegeben werden sollen, die schnell zu 20 Mio. Euro anwachsen könnten. Interessanterweise wurde noch von zwei Jahren von einer Summe von etwa 7 Mio. Euro ausgegangen.

Unsere Gruppe werde ohne eine Aufklärung über kostengünstigere Optionen den Vorschlägen nicht zustimmen können, dazu erscheint es uns einfach zu undurchsichtig. Ohne weitere Redebeiträge wurde die Vorlage von den übrigen Fraktionen gegen unsere Stimmen durchgewunken.

TOP 26 – Klimaschutz bei jeder Amtshandlung

Neu eingebracht wurde von unserer Gruppe der Antrag, dass der Landkreis Göttingen künftig bei jeglicher Entscheidung die Auswirkungen auf das Klima berücksichtigt und Lösungen bevorzugt, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken. -> an den Fachausschuss verwiesen.